Forschungsprojekt InGe

Lagebildinstrument für Gewaltvorfälle

[11.09.2024] Beleidigt, bedroht, angegriffen – immer wieder sind öffentlich Beschäftigte in ihrem Berufsalltag physischer und psychischer Gewalt ausgesetzt. Um solche Vorfälle besser zu erfassen und auszuwerten, hat Baden-Württemberg ein softwaregestütztes Instrument entwickelt. Dieses hat die Pilotierung erfolgreich abgeschlossen und soll bald ausgerollt werden.

Ob im Krankenhaus, in Schulen, Behörden oder im Sicherheits- und Rettungsdienst – rund 600.000 Menschen leisten in Baden-Württemberg im öffentlichen Dienst täglich einen wichtigen Beitrag für das Gemeinwesen. Seit einiger Zeit zeichnet sich jedoch deutlich eine negative Entwicklung ab: Den öffentlichen Beschäftigten schlagen oft Aggressionen, Hass, Hetze und schlimmstenfalls sogar Gewalt entgegen.

Das Land Baden-Württemberg hat im Rahmen des Forschungsprojekts „Lagebildinstrument zu Gewalterfahrungen von Beschäftigten im öffentlichen Dienst“ – kurz: InGe – ein softwaregestütztes Instrument entwickelt, um solche Vorfälle systematisch zu erfassen und auszuwerten. Nun wurden die Ergebnisse des Projekts im Stuttgarter Innenministerium vorgestellt. Man müsse sich solchen Vorfällen „mit aller Konsequenz entgegenstellen, mit allem, was wir haben“, sagte Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl bei diesem Anlass.

Roll-out steht bevor

Mit der Entwicklung von InGe kann erstmals ein umfassendes Lagebild zu physischer und psychischer Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst erstellt werden. Zwar können strafbare Handlungen schon bisher durch die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) quantitativ erhoben werden, darüber hinausgehende Details zu den Fallzahlen werden damit jedoch bislang nicht erfasst. Das neue, softwaregestützte Instrument macht es nun möglich, Gewaltvorfälle im öffentlichen Dienst schnell und unkompliziert zu erfassen, zu analysieren und Problemschwerpunkte präventiv zu identifizieren.

Das im November 2022 gebildete wissenschaftliche Verbundprojekt InGe hat dazu eine einheitliche und nutzerfreundliche elektronische Meldeplattform entwickelt. Der Prototyp wurde von Mai bis Juli 2024 in zwei Kommunen Baden-Württembergs (Offenburg, Ostalbkreis) auf Anwenderfreundlichkeit und Praktikabilität getestet. In einem nächsten Schritt soll der Roll-out in der Fläche erfolgen. Aus anderen Bundesländern, die sich an dem Lagebildinstrument aus Baden-Württemberg orientieren wollen, gebe es bereits erste Anfragen, berichtet Thomas Strobl.

Gewaltprävention als Daueraufgabe

Flankierend zur Entwicklung der Meldeplattform wurde auch eine Präventionsdatenbank für alle Beschäftigen im öffentlichen Dienst entwickelt. Sie enthält über 80 Maßnahmen, die Anwenderinnen und Anwender nach verschiedenen Aspekten filtern können, darunter Gewaltform, Beruf, Zielrichtung und Wirkung. Die Datenbank soll Ende September öffentlich über die Projekthomepage zugänglich sein. Langfristig soll sie zudem um weitere Maßnahmen ergänzt und mit dem Meldeinstrument verknüpft

werden.

Das auf insgesamt zwei Jahre angelegte Vorhaben wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) mit insgesamt rund 700.000 Euro gefördert. Geleitet wurde der Forschungsverbund von der Gemeinsamen Zentralstelle Kommunale Kriminalprävention, die im Innenministerium Baden-Württemberg angesiedelt ist. Weitere Verbundpartner sind das Centre for Security and Society der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und das Datenanalyse-Unternehmen Disy Informationssysteme.

(sib)

• Detailinformationen zum Projekt InGe

Stichwörter: Panorama, Baden-Württemberg, Disy Informationssysteme, Forschung, InGe